

Parlament/Budgetrede/Pröll (3)

Pröll: Strukturreform muss kommen

Utl.: Dramatische Entwicklung - restriktive Personalpolitik

Wien (ÖVP-PK) - "Wir sind es den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, dass ihre jahrelangen Erwartungen in eine Strukturreform der Verwaltung, die echte Einsparungen bei den Ausgaben bringt, nicht noch einmal enttäuscht werden. Wir werden daher schon jetzt beginnen, die Weichen für Verwaltungsreformen zu stellen, die ohnedies nur langfristig größere Einsparungen bringen können. Und alle, die staatspolitische Verantwortung beweisen wollen - und hier sind auch die Gebietskörperschaften gefragt - müssen hier einen Beitrag leisten. Wer jetzt aber über Steuererhöhungen oder neue Steuern redet, der hilft der Wirtschaft nicht auf die Sprünge, sondern stellt ihr ein Bein" stellt sich Josef Pröll in seiner Budgetrede klar gegen neue Steuererhöhungen. ****

Seine Herausforderung sei es gewesen, so Pröll, soviel Geld wie möglich zur Verfügung zu stellen, um Österreich sicher durch die Krise zu steuern, gleichzeitig aber den Schuldenberg nicht zu einem unüberwindbaren Massiv für unsere Kinder anwachsen zu lassen. Das Budget sei das Ergebnis dieses Ausgleichs. "Wir nehmen deutlich mehr Geld in die Hand, um unser Land gut durch die Krise zu steuern, damit wir beim Aufschwung vorne mit dabei sind." Der Preis dafür sei kein geringer. Denn auch Österreich könne sich dem schwierigen globalen Umfeld nicht entziehen.

"Der Wachstumsrückgang wird für 2009 vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung mit 2,2 Prozent (real) und vom **Institut für Höhere Studien** mit 2,7 Prozent (real) prognostiziert. Und manche Prognostiker glauben an ein noch stärkeres Schrumpfen der Wirtschaft. Konjunkturbedingt werden die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren sinken. Die Einkommensteuer von 2,7 Milliarden Euro im Jahr 2008 auf prognostizierte 1,9 Milliarden im Jahr 2010. Die Lohnsteuer um rund eine Milliarden Euro, die Kapitalertrags- und Körperschaftsteuer gemeinsam um rund zwei Milliarden Euro. Insgesamt entgehen uns rund 4,5 Milliarden Euro", rechnet Pröll vor.

Diese dramatische Entwicklung und die massiven Gegenmaßnahmen führen dazu, dass es 2009 und 2010 zu einer Erhöhung des nominalen wie des strukturellen Maastricht-Defizits kommen werde. Pröll: "Wir müssen zusätzliches Geld in die Hand nehmen, weil wir in der Krise kraftvoll helfen wollen. Das Maastricht-Defizit des Bundes wird in den kommenden beiden Jahren deutlich ansteigen: auf 3,2 Prozent im Jahr 2009, weiter auf 4,1 Prozent 2010 und 2011, weiter auf 4,2 Prozent im Jahr 2012. Stimmen die Prognosen, so wird es erst 2013 einen leichten Rückgang des Defizits auf 3,7 Prozent geben." Gesamtstaatlich rechnet Pröll 2009 mit einem Defizit von 3,5 Prozent, 2010, 2011 und 2012 mit 4,7 Prozent, um 2013 den Wert von 3,9 Prozent zu erreichen.

Pröll rechnet damit, dass die öffentliche Verschuldung auf 68,5 Prozent im Jahr 2009 und auf 78,5 Prozent im Jahr 2013 steigen wird. "Diese Defizite sind hoch. Die Krise hinterlässt hier zweifellos ihre Spuren."

Die öffentlichen Haushalte werden 2009 und 2010 sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite belastet. 2009 gehe die Steuerquote aufgrund der rezessiven Wirtschaftslage sowie der beschlossenen Entlastungsmaßnahmen um fast einen Prozentpunkt auf 42,1 Prozent des BIP zurück. 2010 wird sie weiter auf 41,2 Prozent des BIP zurückgehen. Die Staatsausgabenquote steige voraussichtlich auf 51,0 Prozent (2009) und werde 2010 noch etwas weiter ansteigen. "Dieser drastische Anstieg ist primär Folge der Stabilisierungspakete und der automatischen Stabilisatoren -das heißt der zusätzlichen Ausgaben der Arbeitslosenversicherung und Sozialleistungen. Diese Zahlen verlangen von uns vor allem eines: Wir müssen diszipliniert Haushalten und vor allem bei uns selber, der öffentlichen Verwaltung, sparen", mahnt Pröll zur Budgetdisziplin.

Die Schwerpunkte der geplanten Einsparungen liegen dabei in einer restriktiven Personalpolitik und einer äußersten Zurückhaltung bei den gestaltbaren Ermessensausgaben. "In diesem Sinne ist es für mich selbstverständlich, dass wir Politiker uns selbst eine Null-Lohnrunde verordnet haben. Das ist zwar nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber alle

müssen einen Beitrag leisten!" An dieser Stelle verwies Pröll auf die großartigen Leistungen, die die öffentlich Bediensteten erbringen."
(Schluss)

Rückfragehinweis:

Pressestelle des ÖVP-Parlamentklubs

Tel.: 01/40110/4436

<http://www.oevpklub.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG
DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0239 2009-04-21/13:30

211330 Apr 09

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel.++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at.